



Sündenbock Globalisierung

Wenn man den Medien Glauben schenkt, geht 2016 als Jahr der aufkeimenden Antiglobalisierung in die Annalen ein. Als Vorboten einer Deglobalisierung gelten etwa der Brexit-Entscheid, die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten oder das Erstarren von nationalkonservativen Parteien in Europa.

An dieser Einschätzung irritiert weniger die Tatsache, dass die jüngste Welle der Globalisierungskritik nichts Neues ist. Die öffentlichkeitswirksamen Proteste, welche um die Jahrtausendwende die WTO-Konferenz in Seattle, die G-8-Treffen von Genua und Evian sowie im Jahresrhythmus das WEF von Davos begleiteten, sind offenbar vergessen. Störender ist vielmehr die wiederkehrende Behauptung, die aktuelle Globalisierungskritik sei eine logische und damit berechtigte Reaktion der «Verlierer» der Weltwirtschaft.

Es ist wohl die Erfahrung aus der Sportwelt, aus Wahlen oder Bestenlisten jeglicher Art, welche uns reflexartig denken lässt, dass es Verlierer geben muss, wo es Gewinner gibt. Im Umkehrschluss scheint es uns deshalb geradezu unglaublich, dass es in einer von Wettbewerb getriebenen wirtschaftlichen Entwicklung Gewinner geben soll, ohne gleichzeitig Leidtragende hervorzubringen. Auf die Globalisierung übertragen, folgt deshalb typischerweise die Intuition, dass die mässige Lohnentwicklung in Industriestaaten mit dem Erfolg aufstrebender Schwellenländer zu begründen ist.

Klagen auf hohem Niveau

Tatsächlich ist die Beschäftigung in der US-Industrie seit der Jahrtausendwende rückläufig, und die Löhne sind im Industriesektor nur moderat gestiegen. Gleichzeitig sind die Industrieproduktion sowie die Arbeitnehmerentgelte in China förmlich explodiert. Folgerichtig gibt es zahlreiche Untersuchungen, welche

den eindrucklichen Fortschritt des ostasiatischen Landes mit der schwachen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung in den Vereinigten Staaten in Verbindung bringen. Zwei wichtige Vorbehalte sind bei solchen Studien anzubringen.

Erstens muss zwischen Wachstum und Niveau unterschieden werden. Zwischen 1988 und 2008 nahm das Pro-Kopf-Einkommen in China um über 340 Prozent zu. In den USA betrug der Zuwachs in derselben Periode «nur» 40 Prozent, was den amerikanischen Verliererstatus belegen könnte. Ausgeblendet wird dabei jedoch, dass das jährliche Pro-Kopf-Einkommen 2008 in den USA mit 53 000 Dollar fast sieben Mal höher war als in China. Der absolute Zuwachs beim Einkommen war somit in den USA viel grösser. Wer in diesem Lichte betrachtet Gewinner oder Verlierer sein soll, ist alles andere als offensichtlich.

Zweitens ist es methodisch schwierig, bei solchen Direktvergleichen ursächliche Zusammenhänge zu schätzen, da die alternative wirtschaftliche Entwicklung nicht bekannt ist. Wie lässt sich beurteilen, ob es dem US-Durchschnittsbürger heute besser ginge, wenn er immer noch in der alten amerikanischen Stahlindustrie oder dem abgewanderten Textilgewerbe arbeiten würde anstatt in modernen Dienstleistungsbranchen?

Marktzugang für alle

Aber ja, die Globalisierung hat auch wirtschaftliche Schattenseiten. Und ja, die Ökonomen sind sich weitgehend einig, dass Freihandel für eine Volkswirtschaft insgesamt von Vorteil ist, es aber kurz- und mittelfristig benachteiligte Betroffene geben kann (Stolper-Samuelson-Theorem). Dennoch sollte man das Gewinner-Verlierer-Schema aus Alltagserfahrungen nicht unbedacht nachbeten, insbesondere wenn es um Wirtschaftssektoren geht, die (zu) lange von der internationalen Konkurrenz abgeschirmt waren. Eindeutig falsch ist es zudem, negative Wirtschaftsentwicklungen in Industrieländern einseitig der Globalisierung zuzuschreiben. Da machen es sich solche Kritiker zu leicht.

Den beklagten benachteiligten Bevölkerungsschichten wäre in vielen OECD-Ländern am besten geholfen, wenn sie den Zugang zu einer besseren (Weiter-) Bildung, zu einem flexiblen Arbeitsmarkt, zu einer leistungsfähigeren Infrastruktur oder einem hochwertigen Gesundheitswesen hätten. Diesen berechtigten Ansprüchen kann jedes wohlhabende Land autonom nachkommen – mit oder ohne Globalisierung. Den internationalen Handel zum Sündenbock zu erklären, hilft den benachteiligten Bevölkerungsgruppen ganz sicher nicht.

Eric Scheidegger

Dr. rer. pol., Leiter der Direktion für Wirtschaftspolitik,
Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), Bern

eric.scheidegger@seco.admin.ch